

Titel: Jugendquote auf den SPD-Landeslisten und in SPD-Gremien

Einbringer*in: Alexej Stephan, Nikolas Vogt



Die Vollversammlung der Jusos Leipzig hat beschlossen und an die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Sachsen, mit dem Ziel der Weiterleitung an den Landesparteitag der SPD Sachsen und den Bundeskongress der Jusos, weitergeleitet:

Unter Mandatsträger*innen der SPD auf kommunaler Ebene, in den Landtagen, dem Bundestag und dem Europaparlament sind junge Menschen weit unterrepräsentiert.

Während im Leipziger Stadtrat 3 von 14 Mitgliedern unter 35 sind (21%), sind es im Sächsischen Landtag 1 von 18 (5,5%), im Bundestag 8 von 193 (4,1%) und im Europaparlament 1 von 27 (3,7%). In wichtigen Parteigremien sieht es ähnlich aus. In Relation dazu sind deutschlandweit 15% der SPD-Mitglieder unter 35 - in Sachsen sogar ca. 30%. Dazu kommt, dass von der Bevölkerung in Deutschland der Anteil an unter 35 Jährigen ca. 35% ausmacht.

Es ist offensichtlich und nicht schönzureden, dass von einer angemessenen Repräsentation nicht die Rede sein kann. Die Parlamente sollen einen Querschnitt der Bevölkerung repräsentieren. Dies geht aus dem Gedanken hervor, dass die verschiedenen Gruppen für ihre Interessen streiten und dann einen Konsens finden sollen. Hierfür braucht die junge Generation eine Stimme in Form einer starken Vertretung in den Parlamenten und Parteigremien. Zumal die Entscheidungen der Gegenwart die jungen Menschen in der Zukunft am längsten betreffen.

Auch ist es eine große Chance für die SPD, die allzu oft beschworene Erneuerung in Gang zu bringen. Denn wir stellen fest, dass die wahrgenommenen Möglichkeiten zur Teilnahme an gesellschaftlichen Diskursen und demokratischen Prozessen für unsere Generationen in Zeiten sozialer Netzwerke, schnelllebigen Online-Aktivismus und monothematischer Initiativen ein breiteres Spektrum angenommen hat. Während wir diese Entwicklung des digitalen Zeitalters als natürliche Auffächerung und Demokratisierung des Diskurses begrüßen, haben die Parteien zumeist den Anschluss hieran verloren. Aus der Sicht der nachrückenden Generation erscheint parteipolitisches und zuweilen auch parlamentarisches Engagement als unzeitgemäß und unattraktiv, woran auch oftmals verzweifelt anmutende und bisweilen hochnotpeinliche Social-Media-Kampagnen nichts ändern können.

Eine Generation droht dem parteiengestützten demokratischen Prozess verloren zu gehen, wenn die zur Verantwortung und in die Parteien rufenden Mahnungen der Alten bloße Lippenbekenntnisse bleiben und motivierten jungen Menschen weiterhin irgendwas mit Social Media, statt tatsächliche Teilhabe und Repräsentation geboten wird.

Die Parteien drohen ihren Status als Plattform der demokratischen Meinungsbildung zu verlieren, wenn junge Menschen auch weiterhin nicht ihre Inhalte durch glaubhafte Repräsentanten in Partei und Parlament vertreten sehen und weiterhin nicht glaubhaft jene Verantwortung übernehmen können, die zu übernehmen sie bereit sind.

Dies ist kein vermeintlicher Aufstand der Jungen gegen die Alten.

Es geht alleine darum, die Rolle der jungen Generation in Partei und Parlament auf einen Stand zu bringen, die ihrem Anteil in der Gesamtbevölkerung entspricht.

Erst dann werden unsere Themen glaubhaft vertreten werden, erst dann werden Parteien auch in unserer Generation als glaubhafte Plattform des Meinungsbildungsprozesses wahrgenommen werden und erst dann wird die kommende Generation die Verantwortung übernehmen können, die uns auferlegt sein wird und schon ist.

Dies lässt nur einen Schluss zu: Die Zeit ist reif für eine Jugendquote. Der Juso-Stadtvorstand wird eine mitgliederoffene Diskussion gestalten und Instrumente entwickeln.

Begründung:

Der Wunsch nach lebendigem Engagement junger Menschen wird in der SPD - die sich als progressive Partei versteht - schon so lange gefordert, wie es die SPD gibt. Es muss leider festgestellt werden, dass weder parteiintern, noch in den Parlamenten auf Stadt-, Landes-, Bundes- oder Europaebene irgendein diesbezüglicher Fortschritt erreicht werden konnte. In der Aufbruchsstimmung des Schuljahr 2017 und darüber hinaus fordern wir als organisierte Parteijugend daher erneut eine Quote für junge Menschen in Partei und Parlamenten.

In Sachsen, Deutschland, Europa und der Welt erleben wir Zeiten des Umbruchs. Nationalistische und autoritäre Demagog*innen sind auf dem Vormarsch und drohen die Grundfesten unserer demokratischen Gesellschaften zu untergraben und zu erschüttern. Es ist offenbar geworden, dass ein bloßes "Weiter so" keine ausreichende Antwort auf die Herausforderungen ist, vor denen unsere Gemeinwesen stehen, insbesondere nicht für eine Partei, die sich progressiv nennen möchte.

In diesen Zeiten der Ungewissheit ergeht allenthalben der Aufruf an unsere Generation, sich in Debatten einzubringen, Politik mitzugestalten und Verantwortung für unser Morgen zu übernehmen.

Aus unser aller Alltag in Schule, Studium und Beruf wissen wir, dass die Bereitschaft unserer Altersgenoss*innen zu eben jenem Engagement immens ist, das Narrativ der desinteressierten, unpolitischen eine bloße Mär.